



Kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg - Vorpommern

Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Presseabteilung -

Pressemitteilung

Drohender Morbiditätsanstieg, mögliche Frühsterblichkeit – Ärzte in den neuen Bundesländern lehnen dafür die Verantwortung ab

Schwerin, 31. Januar 2007 – In einem offenen Brief an die Mitglieder des Bundesrates, des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, an die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die Arbeitsgemeinschaft der Kassenärztlichen Vereinigungen der neuen Bundesländer die Verantwortungsübernahme für die Folgen der zukünftigen medizinischen Versorgung in den neuen Bundesländern ab.

Am gestrigen Tag haben Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums entsprechend dem Regierungsentwurf zum GKV-WSG es abgelehnt, **dringend benötigte Mittel** für die ambulante medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern in das Gesetz einzuarbeiten.

„Die Mittel für die ambulante ärztliche Versorgung für jeden Versicherten im Osten liegen bei **77,36 Prozent**. Diese Unterfinanzierung hat zu erheblichen Mängelzuständen geführt. **28 Prozent** mehr Patienten müssen mit einem Drittel weniger Personal versorgt werden. Dadurch können hier die Versicherten wesentlich weniger ambulante medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Diese Tatsachen führen zu drastischen Einschnitten bei der ambulanten ärztlichen Versorgung in den neuen Bundesländern mit der Folge eines Anstiegs der Morbidität und möglicher Frühsterblichkeit. Dafür übernehmen die Ärzte in den neuen Bundesländern nicht mehr die Verantwortung“, heißt es in dem Schreiben. Sollten die Bundespolitiker am kommenden Freitag dem Gesetz ohne „einen erheblichen Zuwachs der Mittel“ zustimmen, trügen sie für die aufgezeigten Folgen die volle Verantwortung.

Anlage: Brief der Arbeitsgemeinschaft

Eveline Schott
Leiterin Presseabteilung, KVMV
Tel.: 0385 7431 212
Fax: 0385 7431 386
E-Mail: presse@kvmv.de



Arbeitsgemeinschaft

der Kassenärztlichen Vereinigungen
der neuen Bundesländer

An die Mitglieder des Bundesrates
An die Mitglieder des Gesundheitsausschusses
des Deutschen Bundestages
An die Abgeordneten aus den neuen Bundesländern
An die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
An die SPD-Bundestagsfraktion

31. Januar 2007

Sehr geehrte Damen und Herren

in einem gestrigen Gespräch haben Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums entsprechend dem Regierungsentwurf zum GKV-WSG es abgelehnt, dringend benötigte Mittel für die ambulante medizinische Versorgung in den neuen Bundesländern in das Gesetz einzuarbeiten.

Nach aktueller Mitteilung des AOK-Bundesverbandes liegen die Mittel für die ambulante ärztliche Versorgung für jeden Versicherten im Osten bei **77,36 Prozent** im Vergleich zum Westen. Diese Unterfinanzierung hat zu erheblichen Mängelzuständen in unseren Ländern geführt. Die Wartezeiten in den Praxen steigen ständig, die Ausrüstung ist durch den Investitionsstau bedingt überaltert und **28 Prozent** mehr Patienten müssen mit einem Drittel weniger Personal versorgt werden. Dadurch können die Versicherten bei uns wesentlich weniger ambulante medizinische Leistungen in Anspruch nehmen. Diese Tatsachen führen zu drastischen Einschnitten bei der ambulanten ärztlichen Versorgung in den neuen Bundesländern mit der Folge eines Anstiegs der Morbidität und möglicher Frühsterblichkeit. Dafür übernehmen die Ärzte in den neuen Bundesländern nicht mehr die Verantwortung.

Sollten Sie dem Gesetz ohne einen erheblichen Zuwachs der Mittel für die ambulante ärztliche Versorgung im Osten zustimmen, tragen Sie für die aufgezeigten Folgen die volle Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Eckert
KV Mecklenburg-
Vorpommern

Dr. med. Helming
KV Brandenburg

Dipl.-Med. Feldmann
KV Thüringen

Dr. med. Heckemann
KV Sachsen

Dr. med. John
KV Sachsen-
Anhalt